

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Wochenschriften

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Haus monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N., Weichselstraße 2 / Fernsprecher 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18691. Erschließung: Montag von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 19 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gebaltene Normalseite oder deren Raum 1,33 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamenseite anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Oberbahnhofsstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ersatzzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 12. April 1930

Nummer 87

## Die ungekrönten Könige der Weimarer Republik

Wirkmaktum des Finanzkapitals / Einfi Schacht-Hilferding — jetzt Luther-Moldenhauer

Dresden, den 12. April.

Hinter der Bürgerblockregierung laucht der Schatten der Bankkönige auf. In einem Schreiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer kündigt er an, er werde genötigt sein, fällige Kredite des Reiches von rund 350 Millionen nicht weiter zu verlängern, falls nicht bis zum 15. April volle Klarheit über die Steuererlöse geschaffen sei.

Der „Leutnant“ Dr. Luther handelt (kein Jude, ihr Herren Nazis) im ausgesprochenen Auftrag der Großbanken. In den Bedingungen der Banker für eine Verlängerung der Anleihen — so meldet die bürgerliche Presse — scheint es zu gehören, daß die Deckungsgesetze bis spätestens zum Sonnabend dieser Woche vom Reichstag verabschiedet werden.

Vor einigen Monaten noch war es Herr Dr. Schacht, der ausgerüstet mit Vorkursen und der deutschen Großbanken Kolonnen den Sozialdemokraten Hilferding auf die Anie zwang. Vieles Mal ist es Luther, der dem Bürgerblockkabinett das Kommando erteilt. Die Hilferding gebotene und mit seinem Finanzprogramm herausrißte, so wird die Hugenberg-Brüning-Front apportionieren und das Deckungsprogramm zum festgesetzten Termin verabschieden.

Der ganze Inhalt, das ganze Wesen der Weimarer Demokratie offenbart sich hier. Regierung und Parlament sind nur Attrappen und ausführende Organe der wahren ungekrönten Könige Deutschlands, der Bank- und Industriemagnaten und ihrer Bundesgenossen vom Wallstreet. Das „verfassungsmäßige“ Mittel zur Durchführung des finanzkapitalistischen Vorhabens ist der Artikel 48 und die außerparlamentarischen Mittel: die Reichswehrgeneralität und die Jürgelbepolizei. Gleichgültig, ob Hermann Müller oder Brüning, ob Seevering oder Birth „regieren“.

Die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie durch die Sozialdemokratie ist die Verteidigung der finanzkapitalistischen Diktatur. Ihre Verteidigung ist ein Verbrechen am Proletariat.

### Bundesgenossen der Junker

Natürlich auch Frau Bäum voran

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Geiern spät abends wurde das Hungergeleth des Landwirtsministers Schiele im Handelspolitischen Ausschuss angenommen. Die KPD-Fraktion hatte eine Reihe von Anträgen eingebracht, darunter Zollbefreiung für die wichtigsten

Lebens- und Futtermittel, sowie die Vorkaufrecht und Erhöhung des zollfreien Getreidekontingents für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Sozialdemokraten stimmten nicht nur gegen den Antrag auf Zollfreiheit für die wichtigsten Lebens- und Futtermittel, sondern sogar gegen den Eventualantrag, der die Wiederherstellung der alten Zollsätze vom Jahre 1925 verlangte.

Obwohl die „linke“ SPD-Abgeordnete Frau Baum die Notwendigkeit der Einfuhr des zollfreien Getreides ausdrücklich begründete, stimmte die sozialdemokratische Fraktion trotzdem auch hier gegen den kommunistischen Antrag.

### Neue Drohung mit dem Ermächtigungsgesetz

Hugenberg auf der Drehscheibe

Berlin, 12. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Note Hugenberg schreibt zur Frage: „Das Reichskabinett hielt am Freitagabend eine Sitzung ab, in der ein Ermächtigungsgesetz für den Zoll vorbereitet wurde, das die unerhörten Steuerwucherergesetze am Sonnabend im Reichstag keine Mehrheit finden. Es verlangt die gleichzeitige Annahme des Agrarprogramms und der Deckungsvorlage und will, falls das abgelehnt wird, den Reichstag noch am Sonnabend auflösen.“

Mit dieser Maßnahme laßt die Brüning-Regierung den ihr von der Fraktion des Reichstages vorgezeichneten Weg fort. Sie ist bereit, auch mit diktatorischen Mitteln im Interesse des Youngplans das unerhörte arbeitgeberfeindliche Finanz-, Zoll- und Steuerprogramm durchzuführen. Am Freitag haben in der deutschnationalen Reaktion heftige Auseinandersetzungen für und gegen die Abstimmung stattgefunden. Es gelang Hugenberg nur mit dem Hinweis darauf, daß alle Abgeordneten, die seinen Adjunktus nicht mitgehen wollen, bei den Neuwahlen nicht wieder aufgestellt werden, 27 von 32 Abgeordneten, die für die Deckungsvorlage stimmten wollten, im entgegengesetzten Sinne zu beeinflussen. Hugenberg will heute mit seiner Fraktion nur die Einfuhr und Ueberfahrt der Steuererhöhung annehmen, sonst aber dagegen stimmen. Er ist dann zwar gegen die Vorlage, stellt sie aber für eine dritte Lesung in der dann ein neuer Umsturz möglich ist. Die Taten Hugenberg hängen wesentlich von Hugenberg ab. Das will Brüning damit durchsetzen, daß die Vorlage als unteilbares Ganzes zur Abstimmung gebracht wird.

In diesem Vorhaben sieht die Arbeiterkassen den ganzen Ernst der Lage. Große Massenmobilisierung ist notwendig!

Die Rottenskonferenz in London ist beendet. MacDonald gab im englischen Unterhaus eine heuchlerische Erklärung ab, Baldwin der Führer der Konservativen lobte MacDonald für seine Verteidigung der imperialistischen Interessen Englands.

## Statt Brüning Große Koalition?

Dresden, 12. April.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß die „Koalition“ der Aera Müller-Severing dem Proletariat zuträglich sei als die Herrschaft des Bürgerblods. Denn wir könnten sie es ihnen wehren schmachhaft machen, zu den Plebsstößen der Großen Koalition zurückzuführen, wenn nicht durch eine solche Fragestellung? Sozialdemokratische Minister in der Reichsregierung, das heißt Reichspolitiken zugunsten des Proletariats“, Ergo große Koalition, und die Trommel der Koalition wird nicht wenig eifrig gerührt.

Herr Brandler sekundiert natürlich den erklärten Feinden des revolutionären Lagers. Die Bürgerblockregierung — meint er — wird nicht nur die revolutionären Organisationen mit dem Terror der Diktatur heimlich, sondern auch die reformistischen. Also, das ist die konsequente Folgerung, gibt es in der Wahnnehmung der bürgerlichen Klasseninteressen einen prinzipiellen Unterschied zwischen der SPD und der Bourgeoisie, zwischen der Regierungsform der Großen Koalition und der tatsächlichen Diktatur im Kampfe gegen die Revolution. Wir wären dann wirklich bei der Brandler'schen Schule des Jahres 1923 gelangt, wo die Bündnispolitik mit der SPD durch den Brandler konstruierten Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie theoretisch unterbaut, wo ein prinzipieller Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie gemacht wurde. Tatsächlich sind Demokratie und Faschismus lediglich verschiedene Herrschaftsformen der Bourgeoisie, wobei die ersterer im Prozeß der äußersten Klassenauflösung, der Bedrohung der Finanzkapitalistischen Herrschaft durch die proletarische Revolution in letztere übergeht.

Kann man die Frage überhaupt so abstrakt stellen? Natürlich nicht. Denn das wäre der rettungslose Weg in den Brandler'schen Sumpf, der Verzicht auf die Beurteilung der SPD als der Trägerin des bürgerlichen Einflusses im proletarischen Lager, als dem wirrigen Organisator gegen die Revolution. Natürlich bedeutet die Politik unter dem Bürgerblock eine Verschärfung des Kampfes gegen die verflügelten Massen. Das Zollwucherprogramm, von der Müller-Regierung begonnen, wird unter Brüning ausgebaut. Die Arbeitslosenversicherung, unter der Aera der Großen Koalition durchlöchert, wird weitergehend abgebaut. Die Hungerlöhner unter der Aera Bissell werden verlängert oder gar durch Lohnsenkungsvorläufe der Unternehmer abgedreht. Ähnliche Beispiele könnte man in Mengen anführen. Aber viele verlässliche innerpolitische Durchführungen des Youngplans in all seinen Erbitterungen und Auswirkungen auf das Proletariat wird nicht dadurch bestimmt, ob Brüning oder Müller das Kanzlerpalais bewohnt. Es kommt vielmehr durch die objektive Verschärfung der Lage, durch die Notwendigkeit des deutschen Imperialismus bei gleichzeitiger härterer Kapitalbildung seinen Youngplanverpflichtungen nachzukommen, die Ueberwälzung der Youngpläne auf die Schultern des Proletariats mit den Methoden des blutigen Terrors durchzuführen. Je kräftiger die Entwicklung des deutschen Kapitalismus, je ökonomischer und damit die Klassenwiderprüche, umso mehr, desto schillernder der Regierungskurs auf allen Gebieten. Unabhängig davon, um das noch einmal zu unterstreichen, ob Müller oder Brüning regiert.

So wenig wie die jetzige Brüning-Aera keine einfache Wiederholung des Bürgerblods vom Jahre 1925 ist, weil unter ganz anderen objektiven Voraussetzungen am Ruder, so würde eine neue Große Koalition keine einfache Wiederholung der Müller-Aera sein. Wenn Herr Müller wiederkehren würde, wird er die Bürgerblockära fortsetzen, und zwar verschärft, genau so wie die Ablehnung Müllers durch Brüning eine Verschärfung des Regierungskurses darstellt. Wenn der Zentrumsminister heute mit dem Artikel 48 droht und Herr Hindenburg bereit ist, das Parlament auseinanderzulassen, so wird der künftige Minister Seevering bei der notwendig weiteren Verschärfung der Lage die Reichswehrgeneralität als eine bessere Sicherung gegen die Revolution betrachten als die Demokratie mit ihrer Weimarer Verfassung.

Heißt das, daß dieser von der SPD zum Zwecke des Massenbetrugs bewußt konstruierte Gegensatz zwischen der bisherigen Müller-Regierung und dem Brüning-Bürgerblock nicht noch durch gewisse Manöver vertieft wird? Die von der Bourgeoisie der SPD zugewiesene Oppositionsstellung außerhalb der Regierung wird von dieser mit aller Berechnung durchgeföhrt und ausgebaut. Der Zorn des Manövers durch eine vorübergehende Oppositionsstellung ihren schwindenden Einfluß unter den Massen zu behaupten, erhebt täglich neue Variationen. Herr Bissell spricht im Reichstag laute Worte gegen die Untertänigungsabbaupläne der Volkspartei, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt keine, unbedeutende Positionen des Bürgerblods ab. Der ADGB fordert großzügig Arbeitseinstellungsbefreiung. Aber diese Opposition ist nur eine parlamentarische (und selbst hier noch Mitarbeit im Interesse der Bourgeoisie, lediglich mit „Vorbehalten“ verträglich) eine Opposition in Worten, die die Durchführung des

## Streitverschärfung in Dresden

Maßschneider für Einbeziehung aller Betriebe / Wählt oppositionelle Kampfleitungen!

Dresden, den 12. April.

Am Donnerstag fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes Dresden, in der zu dem neuen Schiedspruch Stellung genommen wurde. Mit 467 gegen 39 Stimmen wurde der Schiedspruch abgelehnt. Die Bekleidungsarbeiter sind gewillt, den Kampf auf der ganzen Linie zu führen. Am nächsten Montag soll in einer neuen Versammlung noch als Stellung genommen werden zur Gesamtlage im Reich, um für Dienstag den Streik sämtlicher Maßschneider zu proklamieren.

Auch die Berliner Maßschneider haben nach Pressemeldungen mit überwältigender Mehrheit den schändlichen Schiedspruch abgelehnt.

Es ist zu begrüßen, daß die Maßschneider erkennen, daß der Streik nicht auf einige Betriebe beschränkt bleiben darf, sondern auf sämtliche Maßschneider ausgedehnt werden muß. Dagegen wendet sich die reformistische Verhandlungsführung und es ist darum notwendig, daß die Maßschneider überall dazu übergehen,

eigene Kampfleitungen zu wählen, um jeden Versuch zu verhindern und erfolgreich den Kampf um ihre aufgestellten Forderungen führen zu können.

### Mit dem Ueberfallkommando gegen roten Betriebsrat

Die Kraftverkehrs-Gesellschaft Tharandter Straße hat den roten Betriebsratsvorsitzenden am 10. April hinfällig entlassen. Der Gewahrgestellte verteilte gestern vor dem Betrieb Einladungsblätter zu einer Betriebsratswahl vor dem Betrieb, in der die Wahl genommen werden soll zu dieser Wahl der Vertretung. Die Vertretung erkennt ihre schwache Position und befürchtet mit Recht, daß die gesamte Belegschaft sich mit ihrem bewährten roten Betriebsrat (solidarisieren mit) und verbot sogar den übrigen Betriebsräten eine Besprechung mit Brüning. Sie rief deshalb ein Ueberfallkommando herbei, um den Gewissen Brüner bei der Verteilung der Einladungen verhassten zu lassen.

Die KKB ist ein feilliches Unternehmen. Die SPD verhandelt bereits um die Beteiligung an der hiesigen Regierung. Die „Fortschrittliche“ sozialdemokratische Einflüsse im „Interesse der Arbeiter“ machen sich bereits an die Verhinderung demerbar.